

JAHRESBILANZ DER PRESSEFREIHEIT 2025

Getötete, inhaftierte,
entführte und verschwundene
Medienschaffende



| INHALTSVERZEICHNIS



VORWORT	3
DIE ZAHLEN IM ÜBERBLICK	4
FEINDE DER PRESSEFREIHEIT	5
GETÖTETE MEDIENSCHAFFENDE	6
INHAFTIERTE MEDIENSCHAFFENDE	8
DIESE 22 MEDIENSCHAFFENDEN KAMEN 2025 FREI	10
ENTFÜHRTE UND VERSCHWUNDENE MEDIENSCHAFFENDE	12
VON UNTERDRÜCKTER BERICHTERSTATTUNG ÜBER PROTESTE BIS ZUM ERZWUNGENEN EXIL	14
DEFINITIONEN	16
WOFÜR WIR DIE DATEN VERWENDEN	17
WIE WIR DIESE ZAHLEN ERMITTeln	17
WELTWEITE ÜBERSICHT	18

Illustrator: Christina Atik • Graphic Designer: Sandra Héno

Über Reporter ohne Grenzen

Reporter ohne Grenzen dokumentiert Verstöße gegen die Presse- und Informationsfreiheit weltweit und alarmiert die Öffentlichkeit, wenn Journalist*innen sowie deren Mitarbeitende in Gefahr sind. Wir setzen uns für mehr Sicherheit und einen besseren Schutz von Medienschaffenden ein. Wir kämpfen online wie offline gegen Zensur, gegen den Einsatz und den Export von Überwachungstechnik sowie gegen restriktive Mediengesetze. Ein dicht geknüpftes globales Netz für schnelle Information und Reaktion entsteht durch die mehr als 150 Korrespondent*innen weltweit. Unser Nothilfereferat unterstützt verfolgte Journalist*innen und ihre Familien.

VORWORT

Das Versagen der Weltgemeinschaft

Wie kann es sein, dass auch 2025 wieder Dutzende Medienschaffende bei oder wegen ihrer Arbeit ums Leben kamen? Was sind die Gründe, dass es Regierungen und der Weltgemeinschaft nicht gelingt, Journalist*innen und ihre Mitarbeiter*innen ausreichend zu schützen?

Medienschaffende sichern unser aller Recht auf Information. Sie schauen den Mächtigen auf die Finger, recherchieren zu Korruption oder Umweltverbrechen und klären Menschen über ihre bürgerlichen Rechte auf. Damit ist die Pressefreiheit ein Garant für unsere demokratische Grundordnung; ohne freie Informationen gibt es keine freie Meinungsbildung.

Dementsprechend besitzt die Pressefreiheit in vielen Verfassungen und in der Erklärung der Menschenrechte einen besonderen Schutz. 2015 hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 2222 zum Schutz von Journalist*innen in bewaffneten Konflikten verabschiedet. Sie verurteilt Angriffe auf Medienschaffende und fordert die Staaten auf, Verbrechen gegen Journalist*innen und deren Mitarbeitende zu ahnden und sie vor Geiselnahme, Entführung und willkürlicher Verhaftung zu schützen.

Doch die Jahresbilanz der Pressefreiheit 2025 spricht eine deutliche Sprache: Regierungen sind zu schwach oder nicht Willens genug, ihrem eigenen Anspruch gerecht zu werden. In Mexiko etwa versprach die vor über einem Jahr gewählte Präsidentin Claudia Sheinbaum, Medienschaffende besser zu schützen. Und doch zählt das lateinamerikanische Land auch in diesem Jahr wieder zu den drei Ländern, in denen die meisten Journalist*innen wegen ihrer Arbeit getötet wurden.

Wenn Medienschaffende sich nicht auf Strafverfolgung und Schutz durch Behörden verlassen können, führt dies zu Frustration, Angst und am Ende zu Selbstzensur. Kritische Stimmen verstummen.

Hinzu kommen gezielte Hass- und Verleumdungskampagnen gegen Medienschaffende durch Autokraten, Oligarchen, mächtige Wirtschaftsunternehmen und die extreme Rechte. Journalist*innen werden gar der Zusammenarbeit mit Terrororganisationen bezichtigt, um sie zu diskreditieren und wortwörtlich zum Abschuss freizugeben.

Der Hass gegen die freie Presse, den Meinungsführer wie etwa auch US-Präsident Donald Trump verbreiten, verängt in der Gesellschaft. Kritische Journalist*innen werden als Landesverräter*innen diffamiert, ihnen werden Legitimation und Daseinsberechtigung abgesprochen. Wer nicht gefällig berichtet, wird – wie inzwischen sogar in den USA – buchstäblich an den Pranger gestellt.

Kritik an den Medien ist legitim und wichtig. Auch das ist Teil einer lebendigen Debattenkultur. Aber Hass auf und Diffamierung von Journalist*innen können ihre Sicherheit gefährden. Morde an Medienschaffenden dürfen nicht billigend in Kauf genommen werden, es darf keine Straflosigkeit geben!

67 Medienschaffende sind zwischen dem 1. Dezember 2024 und dem 1. Dezember 2025 wegen ihrer Arbeit ums Leben gekommen. Oder deutlicher: Sie wurden wegen ihrer Arbeit getötet. Mit diesen Verbrechen sollen auch andere Journalist*innen eingeschüchtert und mundtot gemacht werden. Sie sind nicht nur ein Verbrechen gegen Einzelne, sie sind auch ein Verbrechen an einem Grundrecht, das allen Menschen zusteht: Das Recht auf Pressefreiheit.

Anja Osterhaus,
Geschäftsführerin RSF Deutschland

I DIE ZAHLEN IM ÜBERBLICK I

(1. DEZEMBER 2024
BIS 1. DEZEMBER 2025)

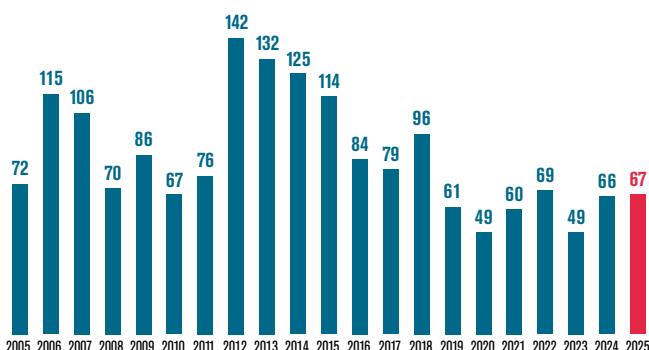
Von den 67 innerhalb eines Jahres getöteten Medienschaffenden kam nahezu die Hälfte (43 Prozent) bei Angriffen der israelischen Streitkräfte ums Leben. Hauptursache für die Todesfälle waren 2025 kriegerische Konflikte und organisierte Kriminalität. Insgesamt galt dies für 53 Medienschaffende, also mehr als drei Viertel aller getöteten Journalist*innen (79 Prozent). Auch Mexiko rangiert wieder unter den gefährlichsten Ländern. Hier hat die Zahl der Getöteten ein neues Dreijahreshoch erreicht. Zum Stichtag 1. Dezember saßen weltweit 503 Journalist*innen hinter Gittern. Und fast 140 Medienschaffende gelten weiterhin als vermisst; die meisten von ihnen in Syrien. Auch ein Jahr nach dem Fall des Assad-Regimes fehlt von den meisten weiter jede Spur.

67 GETÖTETE MEDIEN-SCHAFFENDE*

IN DEN VERGANGENEN 12 MONATEN



3 FRAUEN
64 MÄNNER



(* Die Daten basieren auf dem Zeitraum 1. Dezember (N-1) bis 1. Dezember des Folgejahres (N).

Die drei gefährlichsten Länder und Gebiete für Journalist*innen
waren die Palästinensischen Gebiete (43%), Mexiko (13%) und der Sudan (6%).

Dafür verantwortlich waren vor allem die israelischen Streitkräfte (43%),
Kartelle und kriminelle Banden (24%) und russische Streitkräfte (4%).



503 INHAFTIERTE MEDIENSCHAFFENDE

(ZUM 1.12.2025)



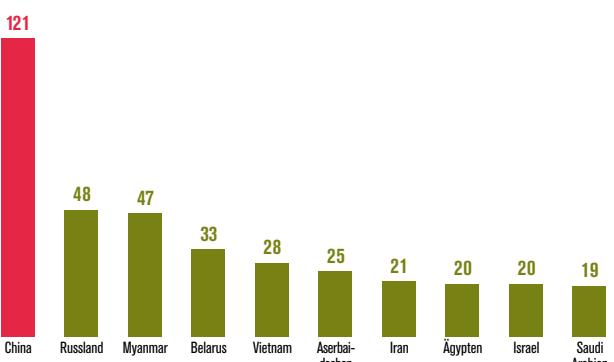
Mindestens*
77 FRAUEN
422 MÄNNER

(* Die Identität und damit auch das Geschlecht von 4 Inhaftierten bleiben anonym.)



Diese drei Länder inhaftieren die meisten Medienschaffenden: China (inklusive Hongkong) (121), Russland (48) und Myanmar (47)

Die 10 Länder mit den meisten inhaftierten Journalist*innen:



20 ENTFÜHRTE MEDIEN-SCHAFFENDE

(ZUM 1.12.2025)



0 FRAUEN
20 MÄNNER



Besonders betroffen: Jemen (9), Syrien (8) und Mali (2)

Hauptverantwortlich für Entführungen 2025:
die Huthi-Rebellen (9)

137 VERSCHWUNDENE MEDIENSCHAFFENDE

(ZUM 1.12.2025)



9 FRAUEN
128 MÄNNER



Besonders betroffen:
Syrien (37), Mexiko (28) und Irak (12)



Die neuesten Zahlen finden Sie in unserem Barometer der Pressefreiheit unter
<https://rsf.org/en/barometer>

Es wird regelmäßig aktualisiert. RSF nimmt nur Medienschaffende auf, bei denen zweifelsfrei geklärt werden konnte, dass sie wegen ihrer Arbeit getötet wurden, im Gefängnis sitzen, entführt wurden oder verschwunden sind.



IM FOKUS ...



DIE FEINDE DER PRESSEFREIHEIT 2025

Straflosigkeit ist kein unabwendbares Schicksal. Deshalb hat RSF diejenigen Politiker*innen, Institutionen und Organisationen herausgegriffen, welche die Pressefreiheit im Jahr 2025 am stärksten unterdrückt oder behindert haben. Einige lassen Journalist*innen töten oder einsperren, andere treiben Medien in den Ruin, wollen sie zum Schweigen bringen oder diskreditieren sie. Alle diese Feinde der Pressefreiheit nehmen den Menschen das Recht auf verlässliche Informationen. Zum Internationalen Tag zur Beendigung der Straflosigkeit für Verbrechen gegen Journalist*innen am 2. November hat RSF eine Liste von 34 Feinden der Pressefreiheit 2025 veröffentlicht.

POLITIK

Sie unterdrücken die Informationsfreiheit in ihrem Land

Vladimir Putin (Russland)

Im Jahr 2025 erlebte Russland die schlimmsten Repressionen gegen die Presse seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Das spiegelt sich auf der aktuellen Rangliste der Pressefreiheit wieder – mit Platz 171 steht Russland so schlecht da wie noch nie. Seit Vladimir Putin im Jahr 2000 an die Macht kam, wurden Journalist*innen bedroht, inhaftiert, angegriffen und getötet. Seit der Vollinvasion der Ukraine ab Februar 2022 wurden 16 Medienschaffende von der russischen Armee getötet, drei von ihnen im Jahr 2025. 48 befinden sich im Gefängnis, darunter 26 ukrainische Reporter*innen.

Hibatullah Achundsada (Afghanistan)

Auf Betreiben des obersten Führers der Taliban, Hibatullah Achundsada, leidet der afghanische Journalismus unter einer allumfassenden Zensur, die mit einer Reihe von restriktiven Anweisungen und Verboten einhergeht. Seit der Rückkehr der Taliban an die Macht im August 2021 wurden mindestens 165 Medienschaffende verhaftet – darunter 25 im Jahr 2025.



SICHERHEIT

Sie inhaftieren und töten Journalist*innen

Die israelischen Streitkräfte (Israel)

Unter der Regierung von Benjamin Netanjahu hat die israelische Armee eine beispiellose Zahl von palästinensischen Journalist*innen getötet. Um diese Verbrechen zu rechtfertigen, steuert die israelische Armee eine weltweite Propagandakampagne und verbreitet unbegründete Anschuldigungen, die palästinensische Medienschaffende als Terroristen darstellen. Seit Oktober 2023 wurden nach Angaben von RSF fast 220 Journalist*innen von der israelischen Armee in Gaza getötet, 65 davon im Zusammenhang mit ihrer Arbeit. Zwei Jahre lang dauert die Abriegelung des Gazastreifens bereits an, und eine juristische Aufarbeitung dieser Verbrechen bleibt bislang aus.

Kommission für Sicherheit und Frieden (Myanmar)

Im Jahr 2025 schuf Junta-Chef Min Aung Hlaing die staatliche Kommission für Sicherheit und Frieden, de facto die neue Militärregierung Myanmars. Gleichzeitig verschärft er seine Angriffe auf die Pressefreiheit. Er verabschiedete ein Gesetz, das die Verbreitung von Inhalten unter Strafe stellt, die als „schädlich für den Wahlprozess“ angesehen werden. Seit dem Militärputsch im Februar 2021 wurden sieben Journalist*innen hingerichtet, mindestens 200 wurden festgenommen. 51 werden derzeit unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten und oft auch gefoltert.

Drogenkartell Jalisco Nueva Generación (Mexiko)

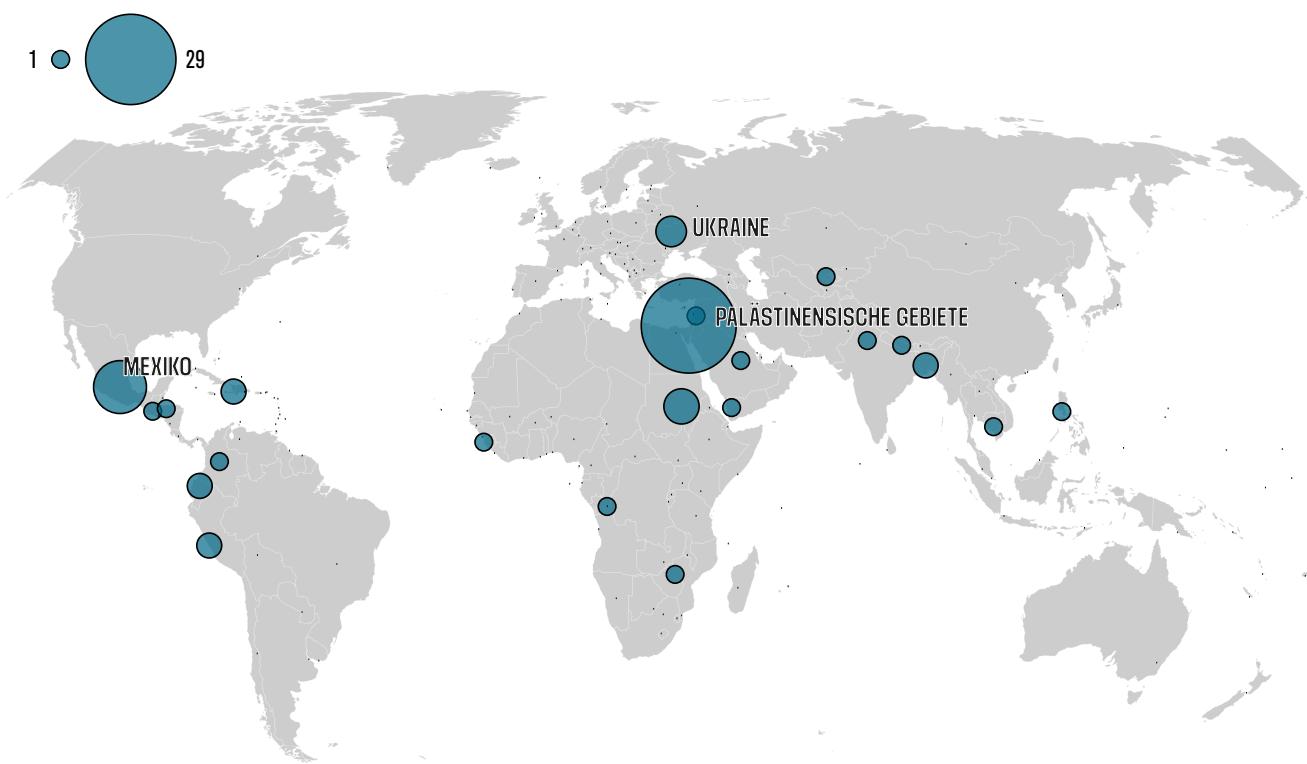
Im Jahr 2025 etablierte sich das Drogenkartell Jalisco Nueva Generación (CJNG) als Mexikos gewalttätigste kriminelle Organisation – und damit auch als Feind der Pressefreiheit. Unter der Führung von Nemesio Oseguera Cervantes, alias „El Mencho“, dehnt das CJNG seinen Einfluss auf mehr als 20 mexikanische Bundesstaaten aus. Im Jahr 2025 wurden drei Journalisten – **José Carlos González Herrera, Kristian Zavala und Calletano de Jesús Guerrero** – in Regionen getötet, in denen das Kartell Einfluss hat. Die drei hatten über Drogenhandel, öffentliche Sicherheit und Korruption berichtet. Die anhaltende Straflosigkeit ermöglicht es kriminellen Gruppen, unabhängige Stimmen zum Schweigen zu bringen und Informationen verstärkt zu kontrollieren.



67 GETÖTETE MEDIENSCHAFFENDE IN 22 LÄNDERN WELTWEIT

Fast die Hälfte (43 Prozent) der in den vergangenen zwölf Monaten ums Leben gekommenen Journalist*innen wurden von den israelischen Streitkräften in Gaza getötet. In der Ukraine nimmt die russische Armee weiterhin Reporter*innen ins Visier. Und in Mexiko sind organisierte kriminelle Gruppen für den alarmierenden Anstieg der Morde an Medienschaffenden verantwortlich. Journalist*innen, die in und über ihr eigenes Land berichten, zahlen den höchsten Preis: Nur zwei Reporter wurden während ihrer Arbeit im Ausland getötet, die übrigen kamen in ihrem Heimatland ums Leben. Insgesamt wurden in den vergangenen zwölf Monaten weltweit 67 Journalist*innen in 22 Ländern aufgrund ihrer Arbeit getötet.

Weltweit getötete Journalist*innen zwischen 1. Dezember 2024 und 1. Dezember 2025



GAZA (29)

Die israelische Armee – Feind der Journalist*innen

Seit dem 7. Oktober 2023 hat die israelische Armee fast 220 Journalist*innen im Gazastreifen getötet, mindestens 65 von ihnen im Zusammenhang mit ihrer Arbeit. In den vergangenen zwölf Monaten war die israelische Armee für fast die Hälfte (43 Prozent) aller weltweit getöteten Medienschaffenden verantwortlich. Zwischen Dezember 2024 und Dezember 2025 wurden mindestens 29 palästinensische Journalist*innen im Gazastreifen bei der Berichterstattung getötet. Ein besonders erschütternder Fall: Am 25. August 2025 tötete ein israelischer Angriff auf ein Gebäude innerhalb des al-Nasser-Krankenhauses den Reuters-Fotografen **Hussam al-Masri**. Im Krankenhaus-Komplex war ein bekannter Arbeitsbereich für Journalist*innen untergebracht. Die Journalistin **Mariam Abu Daqqa**, die unter anderem für *The Independent Arabia* und *Associated Press* arbeitete, fuhr zum Ort des Geschehens, um über die Rettungsmaßnahmen zu berichten. Acht Minuten nach dem ersten Angriff ließ die israelische Armee erneut bombardieren; Abu Daqqa und die Journalisten **Moaz Abu Taha** und **Mohammed Salama** wurden getötet.



MEXIKO (9)

Versagen beim Schutz von Journalist*innen

2025 war das erste Jahr der Präsidentschaft von Claudia Sheinbaum – und trotz ihrer Zusagen auch gegenüber RSF wurden mehr Journalist*innen getötet als in den Jahren zuvor. Mexiko ist für Medienschaffende das zweitgefährlichste Land der Welt. Neun von ihnen wurden 2025 getötet: **Salomón Ordóñez Miranda, Calletano de Jesús Guerrero, Kristian Zavala, Raúl Irán Villarreal Belmont, Melvin García, José Carlos González Herrera, Ángel Sevilla, Ronald Paz Pedro und Miguel Ángel Beltrán Martínez**. Sie berichteten über lokale Nachrichten, deckten organisierte Kriminalität und deren Verbindungen zur Politik auf – einige von ihnen hatten explizite Morddrohungen erhalten. Calletano de Jesús Guerrero stand sogar unter staatlichem Schutz, als er ermordet wurde.

UKRAINE (3)

Russische Drohnenangriffe töten drei Journalist*innen

Die freiberuflichen Fotojournalisten **Antoni Lallican** und **Heorhij Iwantschenko** wurden von einer FPV-Drohne („First Person View“) angegriffen, einem kleinen Gerät, das mit Sprengstoff und einer live sendenden Kamera ausgestattet ist. Zum Zeitpunkt des Angriffs am 3. Oktober trugen beide Journalisten Helme und kugelsichere Westen mit der Aufschrift „Presse“ und hatten Kameras dabei. Sie befanden sich in der Nähe der Stadt Komychouvakha im Osten der Ukraine. Antoni Lallican starb sofort. Iwantschenko überlebte, allerdings musste ein Bein amputiert werden. Kaum drei Wochen später, am 23. Oktober, wurden in Kramatorsk die ukrainische Journalistin **Olena Hubanova** (auch bekannt als **Aljona Hramowa**) und der Journalist **Jewhen Karmasin** durch einen russischen Drohnenangriff getötet. Ihr Kollege **Oleksandr Kolitschew** wurde schwer verletzt.

SAUDI-ARABIEN (1)

Journalist unter Kronprinz MBS hingerichtet

Am 14. Juni 2025 wurde **Turki al-Dschasser** nach sieben Jahren Haft im Auftrag des saudischen Innenministeriums hingerichtet. Der Journalist war aufgrund seiner Online-Veröffentlichungen unter falschen Anschuldigungen wegen Terrorismus und Hochverrats verurteilt worden. Turki al-Dschasser ist der erste Journalist, der in Saudi-Arabien seit der Machterobernahme durch Kronprinz Mohammed bin Salman im Jahr 2017 offiziell hingerichtet wurde. Staatliche Exekutionen sind selten: Im Jahr 2020 war im Iran der oppositionelle Journalist **Ruhollah Sam** hingerichtet worden.

INDIEN (1)

Getötet, weil er über Tatsachen berichtete

Die misshandelte Leiche des freiberuflichen Journalisten **Mukesh Chandrakar** wurde am 3. Januar 2025 in einer Klärgruben in Bijapur, einem zentral gelegenen Bundesstaat von Chhattisgarh, gefunden. Er hatte kurz zuvor einen Bericht über den schlechten Zustand einer Straße verfasst, die von einem lokalen Unternehmer im Auftrag der Regierung gebaut worden war.

BANGLADESCH (2)

Brutale Rache für Recherchen

Am 25. Juni 2025 starb **Khandaker Shah Alam**, Korrespondent der Tageszeitung *Matrujagat* und stellvertretender Generalsekretär des Nabinagar Press Club, an seinen Verletzungen. Er war zuvor von einem entlassenen Häftling attackiert worden, der wegen Shah Alams Berichterstattung inhaftiert worden war. Am 7. August wurde der 38-jährige Reporter **Asaduzzaman Tuhin** von der Zeitung *Dainik Pratidiner Kagoj* mit einer Machete ermordet. Er hatte Mitglieder einer Bande gefilmt, die einen jungen Mann auf einem Markt verfolgten. Vergeltungsmaßnahmen von Kriminellen sind die häufigste Todesursache von Journalist*innen in Bangladesch im Jahr 2025.

Antoni Lallican
Getötet in der Ukraine



Mariam Abu Daqqa
Getötet in Gaza

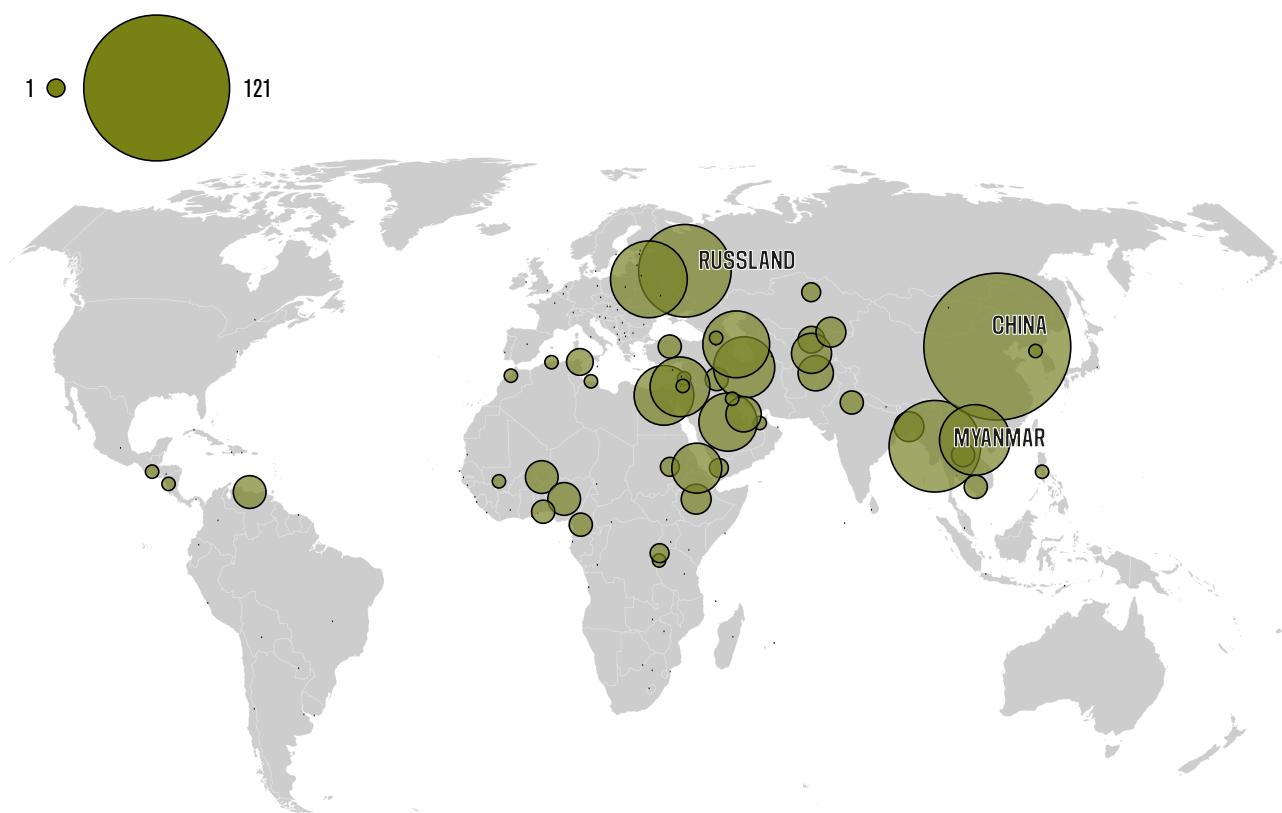


503 INHAFTIERTE MEDIENSCHAFFENDE

RUSSLAND HÄLT DIE WELTWEIT HÖCHSTE ZAHL AN AUSLÄNDISCHEN JOURNALIST*INNEN GEFANGEN

Stand 1. Dezember 2025 sind weltweit 503 Journalist*innen in 47 Ländern inhaftiert. China (121 Inhaftierte) und Myanmar (47 Inhaftierte) gehören weiterhin zu den drei Ländern mit der höchsten Zahl inhaftierter Journalist*innen. Russland belegt mit 48 Inhaftierten inzwischen den zweiten Platz – ein deutlicher Anstieg. Unter der Führung von Wladimir Putin nimmt Russland mehr ausländische Journalist*innen als jeder andere Staat (26) gefangen, gefolgt von Israel (20).

Weltweit inhaftierte Journalist*innen (Stand 1. Dezember 2025)



CHINA (121)

Staatliche Verfolgung von Journalist*innen

Am 17. Februar 2025 wurde Li Yanhe, ein Moderator des öffentlichen Senders *Radio Taiwan International*, von einem Gericht in Shanghai zu einer dreijährigen Haftstrafe verurteilt. Zusätzlich wurde ihm für ein Jahr der Entzug seiner politischen Rechte auferlegt, darunter das Recht zu wählen und sich frei zu äußern. Wenige Monate später wurde die Journalistin **Zhang Zhan**, die bereits seit dem 28. August festgehalten wird, zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Es handelt sich um ihre zweite Inhaftierung: Bereits 2020 war sie wegen ihrer Berichterstattung zum Ausbruch der Corona-Pandemie in der chinesischen Stadt Wuhan inhaftiert worden. Insgesamt befinden sich 113 Medienschaffende in China in Haft (Stand 1. Dezember 2025). Weitere acht Journalist*innen sind in Hongkong inhaftiert. Die Volksrepublik China bleibt damit das Land mit der weltweit höchsten Zahl inhaftierter Journalist*innen.

ISRAEL (20)

Erneut eine der weltweit höchsten Zahlen inhaftierter Medienschaffender

Stand 1. Dezember 2025 werden 20 palästinensische Journalist*innen vom israelischen Staat festgehalten. Damit zählt Israel zu den zehn Ländern mit der höchsten Zahl inhaftierter Medienschaffender weltweit. 16 von ihnen wurden in den vergangenen zwei Jahren im Gazastreifen und im Westjordanland festgenommen. Lediglich drei Journalisten wurden am 13. Oktober im Rahmen der Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas freigelassen: **Alaa al-Sarradsch, Emad Zakaria Badr al-Ifrandschi** und **Schadi Abu Sedo**. Sie waren zuvor unrechtmäßig von israelischen Streitkräften im Gazastreifen verhaftet worden.

USA

Festgenommen und anschließend abgeschoben

Der preisgekrönte Journalist **Mario Guevara** wurde am 14. Juni 2025 während einer Live-Übertragung für den Sender *MG News* bei einer „No Kings“-Demonstration gegen Donald Trumps Politik im südlichen Bundesstaat Georgia festgenommen. Obwohl ein Richter seine Freilassung gegen Kaution bereits am 16. Juni anordnete, wurde Guevara von der örtlichen Polizei an die amerikanische Abschiebebehörde ICE übergeben. Der Journalist verbrachte insgesamt 111 Tage in Untersuchungshaft, bevor er nach El Salvador abgeschoben wurde – trotz des dortigen massiven Vorgehens der Regierung gegen die Presse, das zahlreiche Journalist*innen zur Flucht gezwungen hat.

AFGHANISTAN (7)

Inhaftierte Journalisten zu Geständnissen gezwungen

Am 23. Juli 2025 wurden drei Medienschaffende in Kabul verhaftet und inhaftiert. Zwei von ihnen – **Abzur Sareem Sarepuli**, Direktor der *Tawana News Agency* und Präsident der Föderation der Journalist*innen- und Medienorganisationen, sowie **Shakob Nazari**, Korrespondent des japanischen Senders *Nippon Television* – wurden dazu gezwungen, inszenierte Geständnisse vor laufender Kamera abzulegen. Die Videos wurden anschließend auf Social Media verbreitet. Ähnliche Praktiken wurden bereits zuvor dokumentiert: **Mahdi Ansary**, ein Journalist des afghanischen Mediums *AFKA News*, wurde im Oktober 2024 vom afghanischen Geheimdienst (General Directorate of Intelligence kurz GDI) verhaftet und wegen angeblicher „Propaganda gegen das Islamische Emirat“ zu eineinhalb Jahren Haft verurteilt. Auch er wurde zu einem Geständnis genötigt, das später auf Facebook veröffentlicht wurde.

GEORGIEN (1)

Drastische autoritäre Entwicklung

Die Journalistin **Msia Amaghlobeli**, Mitbegründerin der zwei unabhängigen Onlinemedien *Nettgazeti* und *Batumelbi*, wurde im Januar wegen unbegründeter und unverhältnismäßigiger Vorwürfe festgenommen. Nach einem von zahlreichen Verfahrensmängeln geprägten Gerichtsprozess wurde sie am 6. August zu zwei Jahren Haft verurteilt. Sie ist die erste Journalistin, die seit der Unabhängigkeit Georgiens aus politischen Gründen inhaftiert wurde – ein deutliches Zeichen für die ernsthafte autoritäre Wende im südkaukasischen Staat.

BURUNDI (1)

Willkürliche Inhaftierung von Sandra Muhoza

Am 14. Oktober lehnte ein Obergericht in der nördlichen Stadt Ngozi den Freilassungsantrag der Journalistin **Sandra Muhoza** ab – trotz erheblicher Verfahrensmängel und einer Verschlechterung ihres Gesundheitszustands. Die Reporterin des Onlinemediums *La Nova Burundi* wird beschuldigt, „rassistische Abneigungen“ zu schüren und die „territoriale Integrität des Staates zu untergraben“, nachdem sie in einer WhatsApp-Gruppe für Medienschaffende eine Nachricht über mutmaßliche Waffenverteilungen durch die Regierung weitergeleitet hatte. Sandra Muhoza befindet sich seit April 2024 in willkürlicher Haft.



ASERBAIDSCHAN (25)

Der ungebrochene Mut von Sevinj Vagifgizi

„Unsere Verhaftung zielt darauf ab, uns aus dem Journalismus zu entfernen, weil wir die korrupten Verbrechen von Ilham Alijew und seinem inneren Kreis offengelegt haben.“ Mit diesen letzten Worten wandte sich **Sevinj Vagifgizi**, Chefredakteurin des unabhängigen Mediums *Abzas Media*, am 11. März 2025 an das Gericht, bevor das Urteil verkündet wurde. Sie und sechs ihrer Kolleg*innen wurden im Anschluss in diesem politisch motivierten Prozess zu jeweils neun Jahren Haft verurteilt. Grundlage waren konstruierte Vorwürfe des „Schmuggelns ausländischer Währung.“ Derzeit befinden sich 25 Medienschaffende in Aserbaidschan in Haft. Ein Journalist – **Aziz Orucov**, Direktor des unabhängigen Senders *Kanal 13* – wurde im November 2025 nach Verbüßung seiner zweijährigen Haftstrafe freigelassen.

RUSSLAND (48)

Ein weiteres Jahr voller Scheinprozesse

Am 15. April 2025 wurden die Journalist*innen **Konstantin Gabow**, **Sergej Kareljin**, **Antonina Krawzowa** (auch bekannt als **Faworskaja**) und **Artjom Kriger** zu jeweils fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt. Grundlage der Anklage war der Vorwurf der „Zusammenarbeit mit einer extremistischen Organisation“ im Zusammenhang mit ihrer Berichterstattung über den Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj, der am 16. Februar 2024 in einem russischen Gefängnis starb. Es handelt sich um das erste kollektive Gerichtsverfahren gegen Journalist*innen in Russland, wo sich zurzeit 48 Medienschaffende im Gefängnis befinden – 26 davon sind ukrainische Journalist*innen.



DIESE 22 MEDIENSCHAFFENDEN KAMEN 2025 FREI

Zu den bedeutenden Freilassungen inhaftierter Medienschaffender, die mitunter Jahre im Gefängnis verbracht haben und jetzt endlich in Freiheit sind, zählen neun Journalist*innen aus Belarus, der im September freigelassene ägyptische Blogger Alaa Abdel Fattah sowie der ukrainische Journalist Dmytro Chyljuk, der zuvor in mehreren russischen Gefängnissen festgehalten worden war. Ebenfalls freigelassen wurden sieben Medienschaffende aus Burkina Faso, die zuvor zwangsweise zum Militärdienst rekrutiert worden waren.



11.
September

BELARUS

Erfolgreiche Diplomatie im Fall von neun freigelassenen Journalist*innen

Am 11. September 2025 wurden neun belarussische Journalist*innen freigelassen, darunter **Ihar Losik** von *Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL)*, der mehr als fünf Jahre in Haft verbracht hatte. Die Medienschaffenden waren über Monate, teils über Jahre hinweg inhaftiert worden – allein aufgrund ihrer journalistischen Tätigkeit. Die Freilassungen erfolgten im Rahmen von diplomatischen Verhandlungen durch die US-Regierung und führten insgesamt zur Entlassung von 52 politischen Gefangenen, die anschließend unmittelbar aus Belarus abgeschoben wurden. Trotz dieses bemerkenswerten Fortschritts befinden sich weiterhin 33 Medienschaffende in Belarus im Gefängnis. Seit der manipulierten Präsidentschaftswahl im August 2020 und der darauffolgenden gewalttamen Niederschlagung friedlicher Proteste wurden nahezu alle unabhängigen Medien im Land zum Schweigen gebracht – zahlreiche Journalist*innen wurden inhaftiert oder ins Exil gezwungen.



24.
August

UKRAINE

Dmytro Chyljuk aus Russland freigekommen

Der ukrainische Journalist **Dmytro Chyljuk** wurde gemeinsam mit dem Medienschaffenden **Mark Kaliusch** am 24. August 2025 im Rahmen eines Gefangenenaustauschs zwischen der Ukraine und Russland freigelassen. Chyljuk war drei Jahre lang willkürlich inhaftiert gewesen. Am 3. März 2022 wurde der Journalist in Kozarovychi, einer nördlich von Kyjiw gelegenen Ortschaft, verschleppt. Zunächst wurde er in Hostomel, nordwestlich von der ukrainischen Hauptstadt festgehalten, dann nach Novosybkow, einer Stadt im Süden Russlands, verlegt, und schließlich im März 2023 in die Strafkolonie IK-7 Pakino in der russischen Region Wladimir überführt. Im Gefängnis wurde er geschlagen, gedemütigt und zeitweise der Nahrungsversorgung beraubt. Ein weiterer ukrainischer Journalist, **Wladyslaw Jesypenko** von *RFE/RL*, wurde im Juni 2025 nach mehr als vier Jahren im russischen Gefängnis freigelassen.

AFGHANISTAN

Islam Gul Totakhil und Ahmad Zia Amanyar sind in Freiheit

Nachdem sie sechsmonatige Haftstrafen verbüßen mussten, wurden **Islam Gul Totakhil**, der stellvertretende Leiter des unabhängigen Senders *Radio Jawanan*, und **Ahmad Zia Amanyar**, Journalist bei *Radio Begum*, am 30. Juli 2025 freigelassen. Unabhängige Medien in Afghanistan werden von den Taliban systematisch schikaniert und verfolgt: *Radio Begum*, ein bedeutender Radiosender von und für Frauen in Afghanistan, hatte am 4. Februar erklärt, dass Agenten des Taliban-Geheimdienstes (GDI) gemeinsam mit Mitarbeitenden des Ministeriums für Information und Kultur die Redaktionsräume durchsucht hätten. Nach einer vorübergehenden Suspendierung konnten die beiden Sender ihre Arbeit am 16. März wieder aufnehmen.

30.
Juli

ÄGYPTEN

Alaa Abdel Fattah nach knapp zehn Jahren im Gefängnis frei

Nach fast einem Jahrzehnt im Gefängnis wurde der britisch-ägyptische Blogger **Alaa Abdel Fattah** im Zuge einer präsidenzialen Begnadigung freigelassen. Obwohl er offiziell zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt worden war, saß Alaa Abdel Fattah fast sechs Jahre im Gefängnis – auf Grundlage der willkürlichen Anklage, „Falschnachrichten verbreitet“ zu haben, nachdem er auf Facebook Folter in ägyptischen Gefängnissen angeprangert hatte. Zuvor war der Blogger bereits mehr als vier Jahre inhaftiert worden, weil er gegen die anhaltenden Repressionen im Land protestiert hatte. Ägypten zählt weiterhin zu den Ländern mit der höchsten Zahl inhaftierter Journalist*innen: Stand 1. Dezember 2025 sitzen dort 20 Medienschaffende im Gefängnis.

23.
September



BURKINA FASO

Zwangskrutierte Medienschaffende befreit

Sieben Journalisten, die von Behörden entführt und zwangsweise zum Militärdienst eingezogen worden waren, konnten 2025 zu ihren Familien zurückkehren. Darunter waren **Adama Bayala**, ein Kolumnist des Fernsehsenders *BF1*, und **Alain Traoré**, Autor der Satirekolumne *Le Défouloir*, die in der Nacht zum 16. September freigelassen wurden. Diese Freilassungen im von einem Militärregime geführten Staat folgten auf fünf weitere Entlassungen, die bereits im Juli erfolgt waren. Trotz dieser wichtigen Entwicklung bleibt der Journalist **Serge Oulon**, der diesjährige Preisträger des RSF-Press Freedom Awards für afrikanischen Investigativjournalismus, weiterhin in Zwangskruntierung.

16.
September



Recherchieren für die Freiheit von Frenchie Mae Cumpio

Nach jahrelangem Einsatz für die Freilassung der philippinischen Journalistin **Frenchie Mae Cumpio** wurde am 6. November 2025 ein bedeutsamer Teilerfolg erzielt: Ein philippinisches Regionalgericht wies die hältlosen Mordanklagen gegen sie ab. Im August dieses Jahres hatte RSF eine exklusive Investigativercherche veröffentlicht, die belegte, dass die Vorwürfe gegen die Journalistin – sie soll an einem Hinterhalt beteiligt gewesen sein, bei dem Soldaten getötet wurden – vollständig fabriziert waren. Frenchie Mae Cumpio befindet sich weiterhin in Untersuchungshaft wegen zwei weiterer Verfahren, die ebenfalls auf unglaublichigen Anschuldigungen beruhen. Ihr drohen bis zu 40 Jahre Haft.

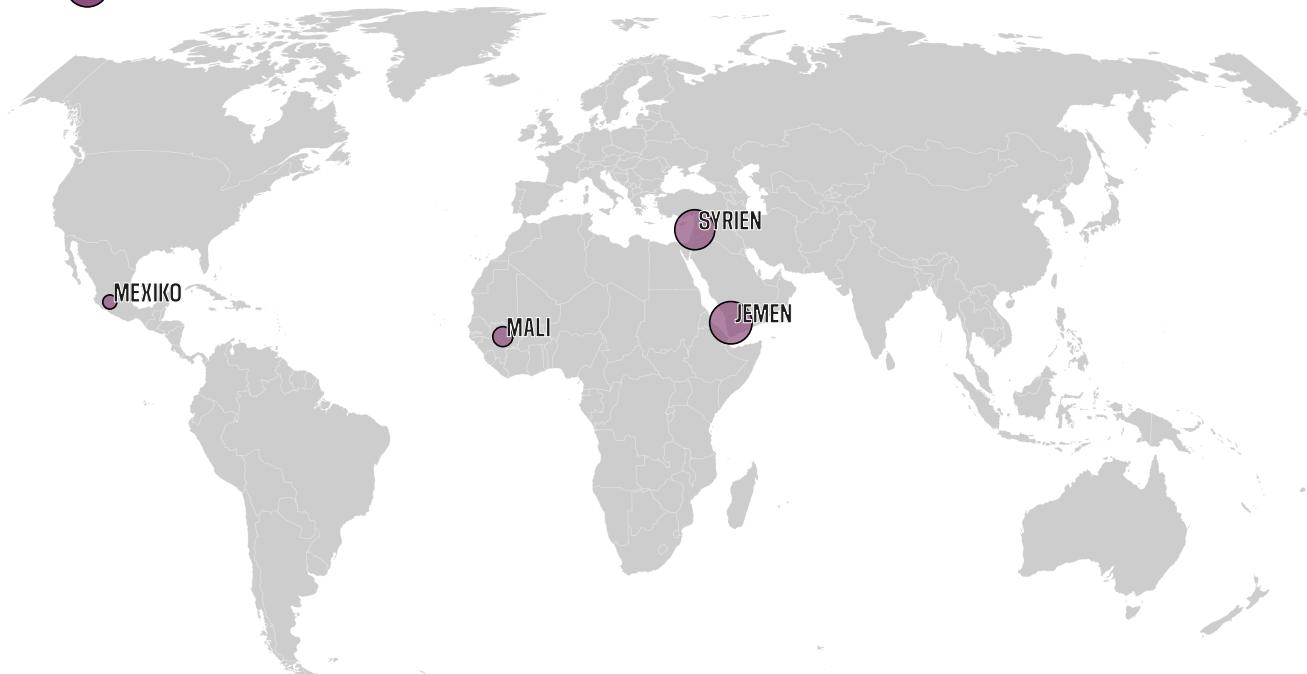


20 ENTFÜHRTE MEDIENSCHAFFENDE IN VIER LÄNDERN

Weltweit sind derzeit zwanzig Journalist*innen entführt. Sieben von ihnen haben die Huthi-Rebellen 2025 im Jemen gefangen genommen. In dem Land sind in den vergangenen zwölf Monaten die meisten Journalist*innen entführt worden. In Syrien werden viele Journalist*innen, die vor dem Sturz des Assad-Regimes im Dezember 2024 gefangen genommen worden waren, noch immer festgehalten.

Entführte Journalist*innen weltweit (Stand 1. Dezember 2025)

1 • 9



JEMEN (9)

Sieben Journalisten 2025 von den Huthis entführt

Am 22. Mai 2025 führten die Huthis eine der größten Razzien gegen Medien in den von ihnen kontrollierten Gebieten durch. In der Nähe von Sanaa – der jemenitischen Hauptstadt, die 2014 von den Huthis eingenommen wurde – wurden sieben Journalisten aus ihren Häusern entführt und in Gefangenengelager gebracht. Damit steigt die Zahl der von den Huthis im Jemen als Geiseln festgehaltenen Medienschaffenden auf neun. Die paramilitärische Gruppe ist somit auch für die meisten Entführungen von Journalist*innen verantwortlich.

SYRIEN (8)

Wo sind die Geiseln der Dschihadisten?

Zwischen 2012 und 2018 wurden Dutzende Journalist*innen von Dschihadistengruppen in Syrien und im Irak als Geiseln genommen. Von vielen von ihnen hat RSF seit dem Fall des Kalifats des sogenannten Islamischen Staates (IS) nichts mehr gehört. Acht werden weiterhin von Rebellen- oder Dschihadistengruppen in Syrien festgehalten, darunter die Miliz Hajat Tahrir al-Scham (HTS), die an der neuen Regierung beteiligt ist, und die von der Türkei unterstützte Sultan-Murad-Division.

MALI (2)

Radiojournalisten weiterhin als Geiseln festgehalten

Vor zwei Jahren, am 7. November 2023, wurden der Journalist und Leiter des lokalen Radiosenders *Coton d'Ansongo*, **Saleck Ag Jiddou**, und der Moderator **Moustapha Koné** von Mitgliedern einer unbekannten bewaffneten Gruppe entführt. Sie waren mit zwei weiteren Journalisten auf dem Weg nach Gao, einer Stadt im Norden Malis. Bei dem Überfall wurde der Journalist **Abdoul Aziz Djibrilla** erschossen. Die Entführer forderten ein Lösegeld von je vier Millionen CFA-Francs (rund 6.000 Euro).

INDIEN (wieder frei)

Wegen Kritik an Miliz entführt

In der Nacht vom 10. Februar 2025 wurde **Yambem Laba**, Korrespondent der Zeitung *The Statesman*, im nordöstlichen Bundesstaat Manipur von etwa 20 Mitgliedern einer bewaffneten Gruppe aus seinem Haus entführt. Zuvor hatte er die Aktivitäten der Meitei kritisiert, einer mehrheitlich hinduistischen Bevölkerungsgruppe. Er wurde am nächsten Morgen freigelassen, nachdem die Entführer ihn gezwungen hatten, sich in einem Video zu entschuldigen.

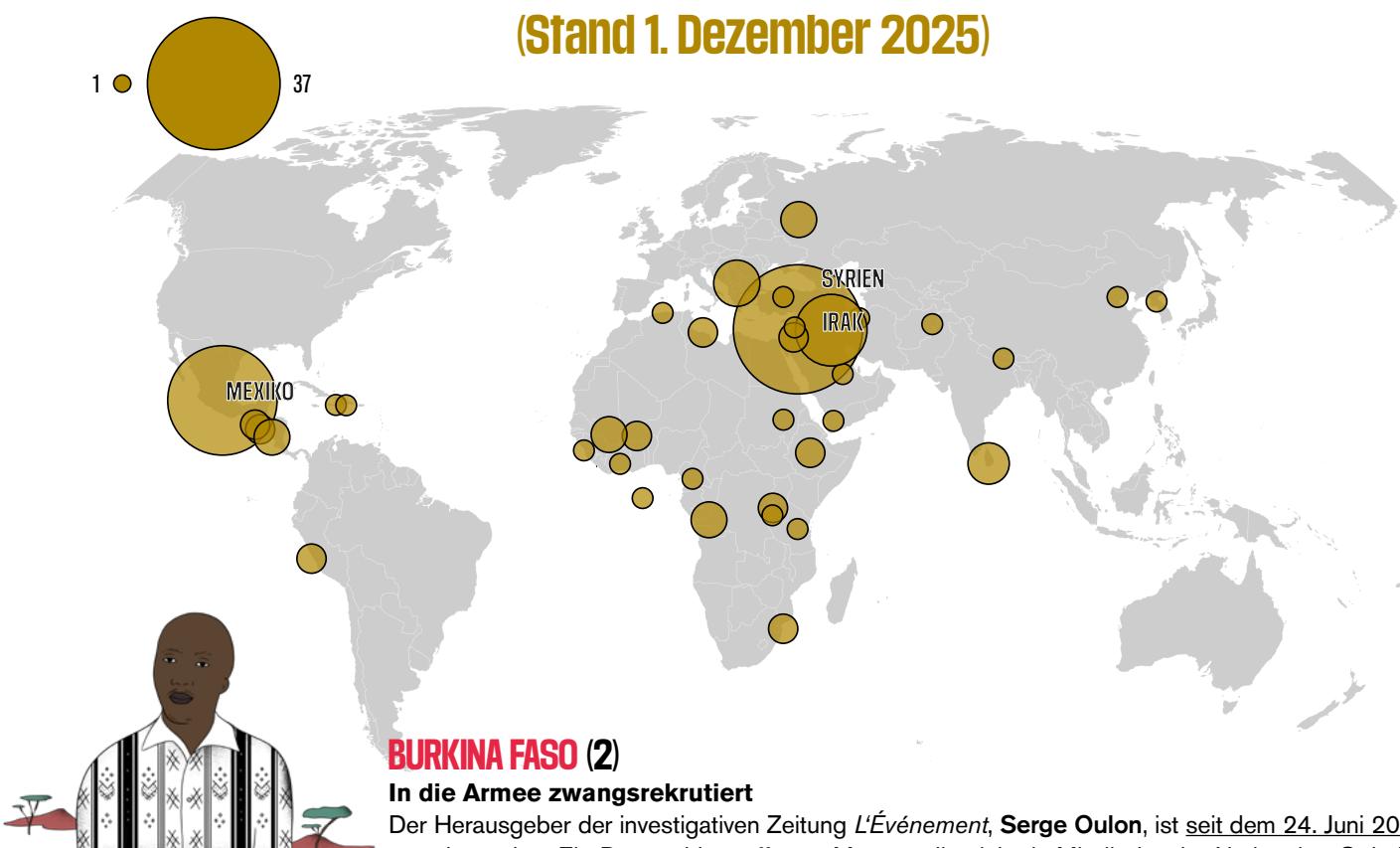


135 VERSCHWUNDENE MEDIENSCHAFFENDE

IN 37 LÄNDERN

Ende 2025 gelten weltweit 137 Journalist*innen als vermisst. Einige von ihnen sind seit mehr als 30 Jahren verschwunden. Das Verschwindenlassen von Journalist*innen ist ein Verbrechen, das weltweit stattfindet – besonders viele Fälle gibt es jedoch in Syrien (39) und Mexiko (28).

Verschwundene Journalist*innen weltweit (Stand 1. Dezember 2025)



BURKINA FASO (2)

In die Armee zwangsrekrutiert

Der Herausgeber der investigativen Zeitung *L'Événement*, **Serge Oulon**, ist seit dem 24. Juni 2024 verschwunden. Ein Dutzend bewaffneter Männer, die sich als Mitglieder der Nationalen Geheimdienstbehörde (ANR) ausgaben, hatten ihn aus seinem Haus verschleppt. Vier Monate später erklärten die burkinischen Behörden zwar, dass Oulon in die Armee zwangsrekrutiert wurde, verweigern jedoch bis heute jede Auskunft über seinen Aufenthaltsort oder Gesundheitszustand. Nach Informationen von RSF wurden sieben weitere Medienschaffende zwangsrekrutiert oder entführt. Mittlerweile sind alle wieder frei. Berichten zufolge wurde zudem der Journalist **Moussa Sareba** am 10. August von seinem Arbeitsplatz entführt. Sareba arbeitete beim privaten Medienunternehmen *Fii Infos* und verwaltete die Facebook-Seite von *Radio Oméga*. Fast vier Monate danach haben weder seine Angehörigen noch seine Kolleg*innen etwas von ihm gehört.

GUINEA (1)

Wo ist Habib Marouane Camara?

Der Geschäftsführer der Nachrichtenseite *Le Révélateur 224*, **Habib Marouane Camara**, wurde am 3. Dezember 2024 in Lambanyi, einem Stadtteil der guineischen Hauptstadt Conakry, entführt. Bewaffnete Männer in Militäruniformen zerschlugen die Windschutzscheibe seines Autos, zerrten ihn heraus, schlugen ihn mit Knüppeln bewusstlos und brachten ihn an einen unbekannten Ort. Seitdem ist er verschwunden. Im Juli 2025 verwies RSF den Fall an die UN-Arbeitsgruppe gegen gewaltloses und unfreiwilliges Verschwindenlassen in der Hoffnung, Informationen über den Aufenthaltsort von Camara zu erhalten. Der Journalist leidet an einer Krankheit, die täglich Medikamente erfordert.

SYRIEN (37)

Seit 14 Jahren verschwunden

Am 1. August 2011 wurden **Qutaiba al-Marai** und **Thabet al-Muhaisin** an einem Kontrollpunkt in Dahiyat Qudsaya in der Nähe von Damaskus festgenommen. Bis 2019 gab es keine weiteren Informationen zu den beiden Reportern von *Syria News* – bis ein ehemaliger Häftling behauptete, jemanden gesehen zu haben, der zur Beschreibung von Thabet al-Muhaisin passte. Seitdem gibt es keine weiteren Spuren. Die beiden Journalisten gehörten nicht zu den Gefangenen, die am 8. Dezember 2024 freigelassen wurden. Insgesamt gelten in Syrien noch immer 39 Journalist*innen als vermisst.



IM FOKUS...



REPRESSIONEN GEGEN MEDIENSCHAFFENDE, DIE ÜBER PROTESTE BERICHTEN

Von Nepal bis Serbien, von Indonesien bis Frankreich und sogar Madagaskar wurden Journalist*innen, die 2025 über Proteste berichteten, besonders stark an ihrer Arbeit gehindert, vor allem durch Sicherheitskräfte.

SERBIEN

Ein Jahr voller Gewalt gegen Journalist*innen

Seit Beginn der Anti-Korruptions-Proteste im November 2024 wurden serbische Journalist*innen, die über die Demonstrationen berichteten, nach RSF-Zählungen mindestens 98 Mal körperlich angegriffen – 91 dieser Übergriffe ereigneten sich seit dem 1. Januar 2025. Auslöser der Proteste war der Einsturz eines Bahnhofdachs, bei dem 16 Menschen ums Leben gekommen waren. Für etwa die Hälfte der völlig straffrei gebliebenen Angriffe ist die Polizei verantwortlich. Die aggressive Stimmung gegenüber der Presse wird zusätzlich durch die wiederholten verbalen Attacken von Präsident Aleksandar Vučić befeuert. Er steht auf der RSF-Liste der Feinde der Pressefreiheit 2025.

NEPAL

Durchsuchte Redaktionsräume, angegriffene Journalist*innen und ein ermordeter Kameramann

Am 28. März 2025 wurde der Kameramann **Suresh Rajak** bei einem Brandanschlag getötet. Er berichtete für den nepalesischen Sender *Avenues TV* über gewalttätige Proteste von Royalisten, die eine Rückkehr zur Monarchie fordern. Die Ermittlungen zu seinem Tod dauern an. Am selben Tag griffen die Anhänger des 2008 abgesetzten ehemaligen Monarchen den Journalisten **Dinesh Gautam** vom Online-Nachrichtenportal *Onlinekhabar* brutal an. Sechs Monate später – während einer neuen Protestwelle der nepalesischen Jugend gegen politische Korruption und die Sperrung von 26 Social-Media-Plattformen – wurden mehrere Journalist*innen durch Polizeigewalt verletzt. Bei den darauffolgenden Ausschreitungen wurden die Büros von zehn Medienunternehmen und drei Journalistenverbänden in Brand gesetzt und verwüstet.

ECUADOR

Journalist*innen im Kreuzfeuer

Seit dem 22. September wurden mindestens 55 Journalist*innen bei der Berichterstattung über Proteste gegen steigende Dieselpreise sowohl von der Polizei als auch von unbekannten Personen angegriffen. Bei der jüngsten Schießerei wurde **Edison Muenala**, Journalist beim Community-Sender *Apak TV*, schwer verletzt.

INDONESIEN

Dutzende Journalist*innen während Protesten angegriffen

Im März 2025 wurden in Indonesien mindestens 14 Journalist*innen bei der Berichterstattung über Proteste angegriffen. Die Menschen demonstrierten gegen ein neues Gesetz, das Militärangehörigen den Zugang zu zivilen Ämtern erleichtert. Kaum sechs Monate später, ab dem 25. August, wurden mindestens 16 weitere Medienschaffende eingeschüchtert oder angegriffen, als sie über eine neue Protestwelle berichteten.



DEMONSTRATIONEN IN DEN USA

Systematische Gewalt gegen Journalist*innen

Allein im Juni 2025 verzeichnete RSF 27 Übergriffe auf Medienvertreter*innen bei Protesten gegen die Razzien der Einwanderungsbehörde ICE in Los Angeles. Sowohl die Polizei als auch Demonstrant*innen griffen Journalist*innen an. Ähnliche Vorfälle wurden auch aus Cincinnati und Chicago gemeldet.

MEDIENSCHAFFENDE IM EXIL

Kriege und Repressionen gegen Medienschaffende zwingen immer mehr von ihnen ins Exil. Länder wie Afghanistan, Russland und Belarus treiben weiterhin systematisch alle unabhängigen Medien aus ihrem Staatsgebiet, während andere Staaten – etwa El Salvador – in den vergangenen zwölf Monaten besonders feindselig gegenüber Journalist*innen geworden sind.



EL SALVADOR

Nayib Bukele erstickt die Presse

Juristische Verfolgung, polizeiliche Überwachung, Hasskampagnen, Cyberangriffe – diese Repressionsmittel haben seit Mai 2025 El Salvador überrollt und mindestens **53 Journalist*innen** zwischen Januar und Oktober zur Flucht gezwungen. Selbst der Journalistenverband *Salvadoran Association of Participatory Broadcasting (ARPAS)*, RSF-Partner und zentrale Stimme im Kampf für die Pressefreiheit im Land, sah sich im Mai 2025 gezwungen, El Salvador zu verlassen.

AFGHANISTAN

Zurückgeschickt und im Stich gelassen

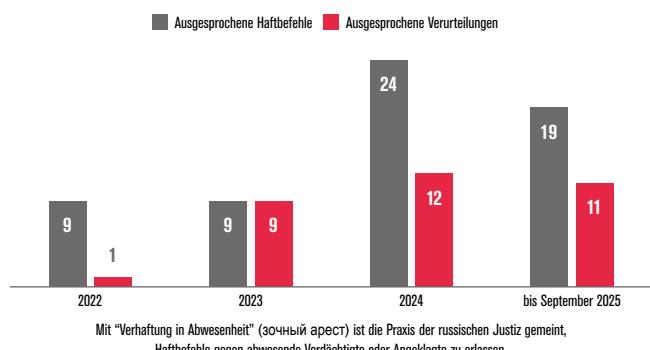
Seit der Machtübernahme der Taliban im Jahr 2021 erleben Journalist*innen im Exil zunehmend, dass ihnen Visa von Aufnahmestaaten verweigert werden: In Pakistan werden Aufenthaltsvisa nicht mehr verlängert, darüber hinaus wurde eine aktive Abschiebepolitik eingeführt. Von den von RSF vor Ort unterstützten afghanischen Medienschaffenden wurden mehr als 20 im Jahr 2025 nach Afghanistan zurückgeschickt – in ein Umfeld, in dem ihnen Strafverfolgung, Haft und sogar Folter drohen. In Deutschland fehlt jeder politische Wille, den Betroffenen zu helfen.

RUSSLAND

Transnationale Repression gegen Journalist*innen im Exil

Seit der russischen Vollinvasion der Ukraine im Jahr 2022 haben immer mehr russische Journalist*innen keine andere Wahl, als das Land zu verlassen, um weiter berichten zu können. Doch selbst im Exil sind sie der Verfolgung durch den Kreml ausgesetzt, der seine Repression weit über Russlands Grenzen hinaus ausdehnt. Seit 2022 registrierte RSF nahezu 100 juristische Vorgänge gegen russische Exiljournalist*innen – teils mehrfach gegen dieselbe Person –, inklusive Festnahmen und Strafurteilen in Abwesenheit. Rund 30 dieser Fälle entfielen auf die ersten drei Quartale 2025.

Russische Exiljournalist*innen: Festnahmen und Urteile in Abwesenheit



Herkunftsstaaten der von RSF unterstützten Journalist*innen, die ins Exil gehen mussten



2025: RSF-UNTERSTÜTZUNG FÜR JOURNALIST*INNEN IM EXIL

Mehr als die Hälfte (51 Prozent) der Journalist*innen, die 2025 von RSF unterstützt wurden, musste ins Exil fliehen – sie kamen aus insgesamt 44 Ländern. Die drei am stärksten vertretenen Herkunftsstaaten waren: Afghanistan – mit 134 von RSF unterstützten Journalist*innen – gefolgt von Russland (48) und Sudan (21). Trotz enormer Herausforderungen setzen 55 Prozent dieser Medienschaffenden ihre journalistische Arbeit auch im Exil fort. Von den mehr als 40 Medienorganisationen, welche RSF in den vergangenen zwölf Monaten unterstützte, konnten 19 Redaktionen ihre Berichterstattung im Exil weiterführen.

I DEFINITIONEN



Getötete Medienschaffende

RSF erfasst den Tod von Medienschaffenden, wenn sie bei der Arbeit oder im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Journalist*in getötet wurden.



Inhaftierte Medienschaffende

RSF unterscheidet zwischen drei Kategorien von Festnahmen und Inhaftierung.

- **Vorläufige Festnahme:** jeglicher Freiheitsentzug für mehr als 48 Stunden von Personen, die noch nicht verurteilt wurden.
- **Inhaftierung:** Gefängnisstrafe nach Verurteilung durch ein Gericht.
- **Hausarrest:** Ein bestimmter Ort darf nicht verlassen werden. Meist ist es das eigene Zuhause. Hausarrest kann einhergehen mit dem Tragen einer elektronischen Fußfessel. Möglich sind auch Auflagen, sich regelmäßig an einem bestimmten Ort zu melden – beispielsweise einer Polizeistation. Hausarrest kann bei verurteilten Medienschaffenden als Alternative zu einer Inhaftierung oder als Überwachungsmaßnahme in einem Ermittlungsverfahren angeordnet werden.



Entführte Medienschaffende

Journalist*innen, die von nichtstaatlichen Akteur*innen ihrer Freiheit beraubt werden. Dazu kommen Drohungen, die entführten Medienschaffenden zu töten, zu verletzen oder weiter festzuhalten. Entführungen sollen Dritte zur Erfüllung bestimmter Forderungen zwingen.



Verschwundene Medienschaffende

RSF betrachtet Medienschaffende als verschwunden, wenn es keine ausreichenden Belege für ihre Tötung oder Entführung gibt und kein Akteur ein glaubwürdiges Bekennerschreiben oder Ähnliches abgegeben hat.

- **Als vermisst gemeldet:** Wenn unklar ist, ob vermisste Medienschaffende entführt, getötet oder verhaftet wurden.
- **Gewaltsames Verschwindenlassen:** Laut Völkerrecht liegt gewaltsames Verschwindenlassen unter drei Voraussetzungen vor: Freiheitsentzug durch staatliche Kräfte (oder durch Gruppen, die im Namen des Staates, mit dessen Unterstützung oder Duldung agieren), die sich weigern, die Freiheitsberaubung anzuerkennen oder den Aufenthaltsort der betroffenen Person zu nennen.



I WOFÜR WIR DIE DATEN VERWENDEN?

> Hilfe in Krisengebieten

RSF betreibt [Pressefreiheitszentren](#) in der Ukraine und im [Libanon](#) und unterstützt Medienschaffende aus Myanmar in Thailand mit einem [Hilfsprogramm](#).

> Rangliste der Pressefreiheit

Die für die [Jahresbilanz der Pressefreiheit](#) erhobenen Zahlen entföhrter, inhaftierter, getöteter und verschwundener Medienschaffender gehen auch in den [Sicherheitsindex](#) der Rangliste der Pressefreiheit ein. Der Sicherheitsindex ist eine von fünf Kategorien zur Erstellung der Rangliste.

> Kampf gegen Straflosigkeit

Unsere Daten werden oft als Grundlage für juristische Schritte gegen Regierungen genutzt. So reichten wir beispielsweise beim Internationalen Strafgerichtshof [Strafanzeigen zu Verbrechen der israelischen Armee](#) gegen Journalist*innen im Gaza-Streifen ein.

> Gedenken

Jedes Jahr lässt Reporter ohne Grenzen die Namen aller getöteten Medienschaffenden auf einen Gedenkstein des [Kriegsreporterdenkmals](#) im französischen Bayeux eingravieren und gedenkt dieser in einer Zeremonie.

Aktualisierung unseres Barometers

Das [Barometer der Pressefreiheit](#) wird fortwährend aktualisiert. Es zeigt die aktuelle Zahl von Medienschaffenden, die getötet, inhaftiert und entführt wurden oder vermisst werden.



I WIE WIR DIESE ZAHLEN ERMITTELN

In der seit 1995 veröffentlichten Jahresbilanz der Pressefreiheit dokumentiert RSF die Zahlen der schwersten Übergriffe auf Medienschaffende weltweit im zu Ende gehenden Jahr. Das betrifft neben professionellen Journalist*innen auch Medienmitarbeitende wie Kamerafrauen oder Tontechniker sowie Bürgerjournalist*innen, die gerade in Ländern mit autoritären Regimen und in Kriegsländern eine wichtige Rolle bei der Recherche und Verbreitung relevanter Nachrichten und Informationen spielen. Die Jahresbilanz berücksichtigt nur Fälle, in denen RSF nach sorgfältiger Prüfung davon überzeugt ist, dass die Genannten in direktem Zusammenhang mit ihrer journalistischen Tätigkeit Opfer von Gewalt, Angriffen oder Unterdrückung geworden sind. Das erklärt mögliche Unterschiede zwischen diesen Zahlen und denen anderer Organisationen.

Die Analyse umfasst den Zeitraum zwischen zwei RSF-Jahresbilanzen und berücksichtigt daher Fälle, die zwischen dem 1. Dezember 2024 und dem 1. Dezember 2025 bekannt wurden. Diese mit dem Bericht 2025 eingeführte methodische Anpassung soll sicherstellen, dass auch Verstöße im Dezember – die zuvor nicht in die Jahresbilanz eingeflossen waren – erfasst werden. Entsprechend enthält die Jahresbilanz keine Gewalttaten oder Festnahmen, die nach dem 1. Dezember 2025 stattgefunden haben. Sie werden jedoch im [Barometer der Pressefreiheit](#) von RSF erfasst, das regelmäßig aktualisiert wird.



RSF-Sicherheits-Toolkit

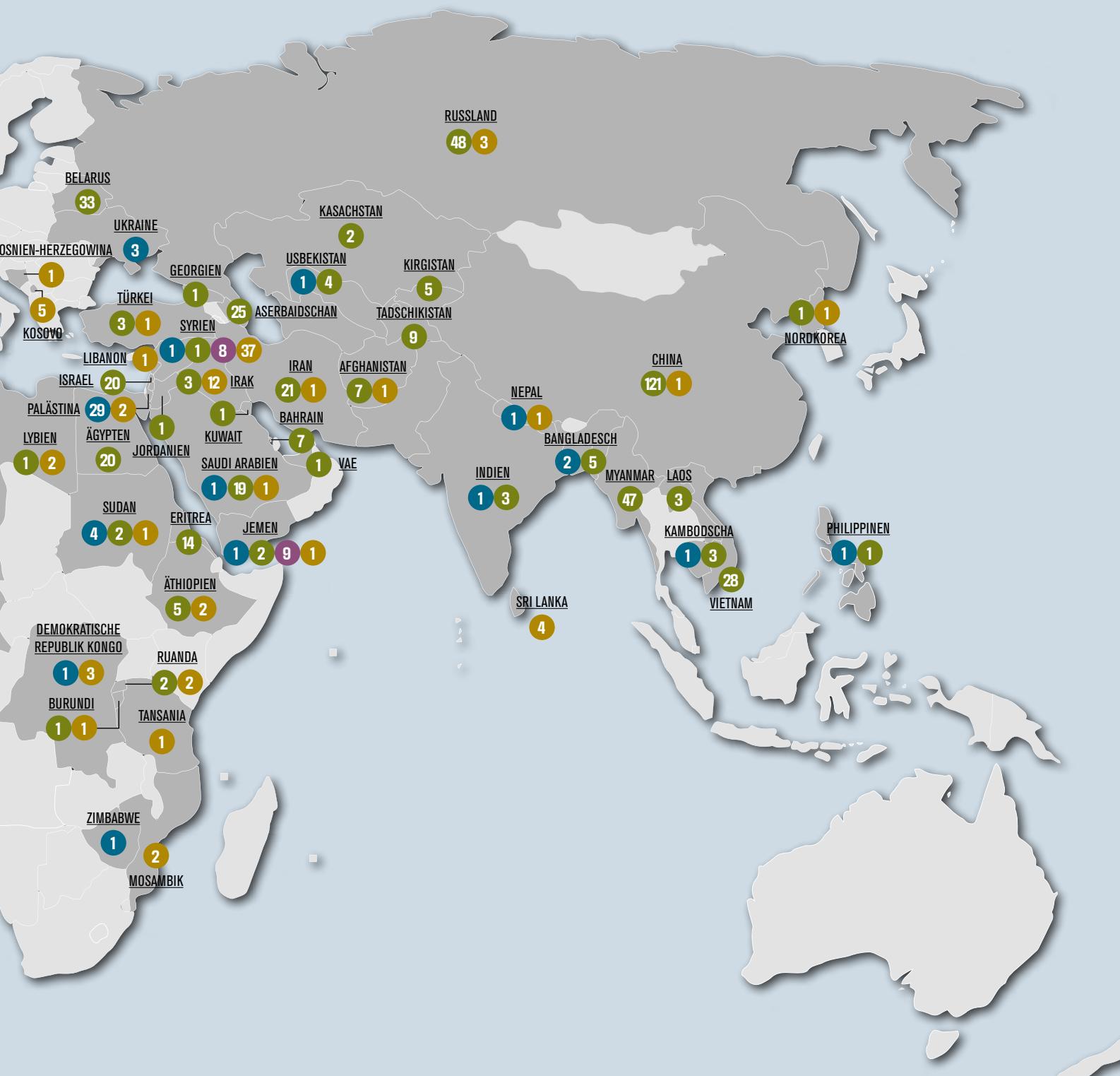
Hier finden Journalist*innen und Redaktionen praktische Ressourcen, um ihre Arbeit, ihre Daten, ihre Quellen – und sich selbst – besser zu schützen.



resources.rsf.org



| ANGRiffe AUF DIE PRESSEfreiheit



- Zahl der getöteten Medienschaffenden (67)
- Zahl der inhaftierten Medienschaffenden (503)
- Zahl der entführten Medienschaffenden (20)
- Zahl der verschwundenen Medienschaffenden (nach 2015) (137)

IM JAHR 2025 |



REPORTER OHNE GRENZEN E. V., C/O PUBLIX, HERMANNSTR. 90, 12051 BERLIN
SPENDENKONTO: IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80, BIC: BEVODEBB